

*Jeder hat das Recht auf Leben
und körperliche Unversehrtheit.
Die Freiheit der Person ist un-
verletzlich. In diese Rechte darf
nur auf Grund eines Gesetzes
eingegriffen werden.*

Grund- und Menschenrechte sind in verschiedenen Verfassungen und internationalen Vertragswerken garantiert, und seit 2009 für die EU-Länder verbindlich. Sollten unsere Volksvertreter*innen unser Menschenrecht auf Unversehrtheit durch Missachtung bzw. mangelhafte Umsetzung der Klimaziele von Paris nicht schützen, dann gibt es das Mittel der gerichtlichen Klärung. Mittlerweile sind in ca. 24 Ländern Klimaklagen anhängig, weltweit 884 (Stand Mai 2017).

Hier ein paar Beispiele:

- Die 9-jährige Inderin Ridhima Pandey vs. indische Regierung;
- Eine Gruppe portugiesischer Kinder vs. alle großen Emittenten, auch Deutschland;
- Ein peruanischer Bauer vs. RWE;
- Ein pakistanischer Zuckerrohrbauer vs. pakistanische Regierung;
- Die niederländische Bewegung Urgenda vs. niederländische Regierung;

In Verantwortung für zukünftige Generationen fordern wir von Land, Bund und EU
Stopp Fracking und CCS!

Es sind teure Hochrisiko-Technologien, schaden dem Klima und verhindern die Energiewende.

Die dafür von der EU bereitgestellten Milliarden Euro wären besser investiert in die Zukunft

- **100 % Erneuerbare Energien**
- **in Bürgerhand**
- **dezentrale Versorgung**
- **Erforschung von Speichertechniken**
- **Energieeffizienz**

Mitglied werden in der Bürgerinitiative
Gegen CO₂-Endlager e.V.

www.kein-co2-endlager.de

Stand Sept.2018



Die Bürgerinitiative Gegen CO₂-Endlager e.V. informiert über



LNG-Terminal in Brunsbüttel - wir sagen NEIN

Die Landesregierung plant mit millionenschwerer Unterstützung des Bundes und der EU den Bau eines LNG-Terminals in Brunsbüttel. Dort soll zukünftig Flüssiggas (*liquefied natural gas, kurz LNG*) aus USA und Kanada angelandet werden. Dieses Gas wird mittels Fracking-Technik gewonnen, verflüssigt und über Tanker verschifft.

Wir sagen NEIN zu diesem Vorhaben, weil

- **das hier ankommende Erdgas durch FRACKING gewonnen wird.**
Die Gefahren für die Umwelt und die Atmosphäre sind inzwischen hinlänglich bekannt.
- Schleswig-Holstein hat sich eindeutig, auch im aktuell gültigen Koalitionsvertrag, gegen Fracking zur Erdöl- und Erdgasgewinnung ausgesprochen. Wir erwarten von unseren Politiker*innen, dass sie zu ihrem Wort stehen!
Es wäre ein fatales Signal, wenn die Landesregierung Fracking im eigenen Bundesland ablehnt, aber willentlich Erdbeben, Verschmutzung von Grund- und Oberflächengewässern, Luftverschmutzung, hohen Wasserverbrauch..., zahlreiche Gesundheitsbeeinträchtigungen bis hin zu Früh- und Fehlgeburten und nicht zuletzt erhöhte Methan-Ausgasungen in die Atmosphäre in anderen Ländern mit Steuermitteln fördern würde.
- Ob sich ein LNG-Terminal in Deutschland überhaupt rentieren würde, ist fraglich. Tatsächlich ist der Bedarf für das Flüssigerdgas derzeit verschwindend gering. Außerdem wird die Tatsache missachtet, dass
 - a) Deutschlands Gas- Import-/Transport-/Lagerkapazitäten bereits jetzt das 3 bis 4fache des tatsächlichen Bedarfs decken,
 - b) die Auslastungsquote aller bestehender LNG-Terminals in der EU gerade einmal 22-23 Prozent beträgt und
 - c) bereits jetzt eine Anbindung an das deutsche Gasnetz über die LNG-Terminals in Rotterdam, Zeebrügge, Dünkirchen und Swinemünde besteht.Die Wirtschaftlichkeit eines weiteren Terminals ist also unwahrscheinlich.
- Flüssiggas wird von Bundes- und Lokalpolitik als Alternative zur Kohle gefeiert. Das zeugt von Unkenntnis! Flüssiggas besteht aus etwa 90% Methan (CH₄), das als Treibhausgas erheblich klimawirksamer ist als Kohlendioxid (CO₂). Genauer: 87-fach auf 20 Jahre und 36-fach auf 100 Jahre gerechnet (IPCC 2013).
- Wie auch bei der CO₂-Verpressung vorgesehen, werden beim LNG immense Steuergelder eingesetzt, um das klimaschädliche Gas zu transportieren. Flüssiggas ist wesentlich kostenintensiver, da es vor dem Verschiffen erst mit hohem Aufwand verflüssigt und im Ziel-Terminal für die Einspeisung ins Netz wieder in Gasform gebracht werden muss. Bisher wurden von der EU 250 Mio. US Dollar investiert. Zusätzlich zu den neuen LNG-Terminals in Klaipeda, Swinoujscie (Swinemünde) und Krk planen EU-Kommission und Gasindustrie bereits weitere, etwa auf Malta, in

Griechenland und in Schweden, alle natürlich mit entsprechender Pipeline-Anbindung. Diese Investitionen schreiben über Jahrzehnte die Erdgasförderung fest. Dabei ist eine sofortige Abkehr von den fossilen Energieträgern für diesen Planeten unabdingbar.

- Erste Studien belegen, dass mit LNG Klimaschutzziele nicht erreicht werden können, sondern dass durch LNG der Verzicht auf fossile Brennstoffe weiter hinausgeschoben wird, die Energiewende sich weiter verzögert. Zwar liefert LNG – eingesetzt in der Schifffahrt und im LKW / PKW -Verkehr – eine bessere Luftqualität, das ist aber in Anbetracht der Klimabilanz von Methan (s.o.) nur eine kurzfristige Verbesserung. ...

Wann werden staatliche Fördermittel endlich in die Zukunft investiert?

Zum Beispiel Verkehr: Mit LNG sollen Schiffe betankt werden, ebenso LKWs und PKWs. Allerdings werden LNG-Antriebe bei Schiffen noch viele Jahre eine untergeordnete Rolle spielen, da die Weltflotte ca. 90.000 Schiffe umfasst, aber nur rund 200 Schiffe mit LNG-Antrieb im Bau sind. Im Verkehrswesen sollten statt LNG endlich Technologien wie Wasserstoff, Ammoniak und elektrische Antriebe gefördert werden. Die ersten Elektroautos sind unterwegs, der erste mit Brennstoffzellen betriebene Zug hat seine Jungfernfahrt vor kurzem erfolgreich überstanden. Hier gilt es weiter zu entwickeln.

Zum Beispiel Arbeitsplätze: Um von seinerzeit 74.000 Arbeitsplätze (BDI 2014) und aktuell noch ca. 20.000 (Arepo Consult 01. Juli 2017) in der Kohleindustrie halten zu können, werden die umweltschädigenden Kohlekraftwerke weiter betrieben. **Zur gleichen Zeit sind aber ca. 100.000 Arbeitsplätze in der Solar- und Windbranche vernichtet und Firmen in den Konkurs getrieben worden.**

Ein Mehr an Energiewende, d.h. ein schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien, der Netze und vor allem der Speichermöglichkeiten, sorgt nicht nur für Klimaschutz, sondern schafft auch neue Jobs. Und mithilfe von Umschulungen wird die drohende Arbeitslosigkeit im Kohlesektor minimiert.

Zum Beispiel Gesundheit: Inzwischen sind amerikanische Studien bekannt, nach denen die Anzahl bösartiger Tumore mit der Nähe zu Fracking-Bohrlöchern steigt. Auch in Deutschland steigen die Lymphom- und Leukämie-Neuerkrankungen in den Gemeinden nahe Erdgasförderstätten (z.B. Gemeinde Bothel zwischen Bremen und Lüneburg; Gemeinde Steimbke, Kreis Nienburg) und liegen inzwischen deutlich über der statistisch erwartbaren Anzahl.

Signifikant über dem statistischen Wert liegt die Zahl der Erkrankungsfälle bei Kindern unter 15 Jahren: 6 statt 1,7 Fälle.